



Tarifrunde 2021: Informationen zur vierten Verhandlung zwischen DB und GDL am 7. Juni 2021

1. Die DB hat der GDL ein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt.

Der Konzern will mit der GDL ein solidarisches Tarifpaket vereinbaren, um gemeinsam die Pandemie-Schäden zu bewältigen. Dazu hatte die DB am 17. Mai ein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt. Das Angebot beinhaltet einen erweiterten Kündigungsschutz, die Fortsetzung der Rekrutierungs- und Qualifizierungsoffensive, eine Erhöhung der Tabellenentgelte für Arbeitnehmer sowie der Ausbildungs- und Studienvergütung um 1,5% zum 01.01.2022 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis zum 28.02.2023. Außerdem sah es eine Regelung zur betrieblichen Altersvorsorge vor, die mit 3,3 Prozent Arbeitgeberbeitrag auf Spitzenniveau in der Branche ist.

2. Die GDL hat das Angebot abgelehnt.

Die GDL hat das Bahn-Angebot am 24.05.2021 abgelehnt und ihrerseits ein neues, modifiziertes Forderungspaket vorgelegt. Das Forderungspaket umfasst wiederum zahlreiche kostenwirksame Einzelforderungen. Gleichzeitig hält die GDL unverändert an ihren rund 700 Seiten Tariftexten fest, die sie bereits im Vorfeld übermittelt hatte. Mit diesen möchte sie im gesamten Systemverbund Bahn neben den Tarifverträgen der EVG ein zweites, stark abweichendes Tarifwerk verankern.

3. Die GDL nimmt mehrere Forderungen zurück. Vergütung von Führungskräften und Organisationsstruktur sind keine Tarifforderungen mehr. Die Gewerkschaft wird laut Schreiben nicht per Arbeitskampf durchsetzen, dass die GDL-Tarifverträge in Minderheitsbetrieben angewendet werden.

Die GDL lässt wesentliche Vorbedingungen fallen. In ihrem Forderungsschreiben vom 24.Mai betont die GDL, dass sie im weiteren Verlauf der Verhandlungen darauf verzichtet, zentrale Elemente ihrer bisherigen Kampagne mit Arbeitskämpfen durchzusetzen. Damit verzichtet die GDL auf drei Kernelemente, die sie zuvor über Monate zur Bedingung für den Abschluss eines Tarifvertrags gemacht hat.

Die Gewerkschaft will zum einen nicht mehr über die Vergütung der Führungskräfte und die Zerschlagung des DB Konzerns im Rahmen der Tarifrunde verhandeln. Zum anderen verzichtet sie in ihrem Schreiben darauf, den zuvor angestrebten sogenannten Eisenbahnflächentarifvertrag in einem Arbeitskampf durchzusetzen. Ziel war es bislang, die Anwendung ihrer Tarifverträge auf alle GDL-Mitglieder innerhalb des DB-Konzerns durchzusetzen. Hintergrund: Aufgrund des Tarifeinheitsgesetzes können Tarifverträge der GDL nur in Betrieben zur Anwendung kommen, in denen die GDL die Mehrheit der Mitglieder hat. In den Bereichen, in denen die GDL-Spitze ihren Organisationsbereich erweitern möchte, werden deshalb die GDL-Tarifverträge nicht zur Anwendung kommen.

4. Die GDL fordert einen Abschluss auf Niveau des Öffentlichen Dienstes, stellt aber gleichzeitig Forderungen, die den ÖD-Abschluss um das Dreifache übersteigen.

Die GDL-Spitze fordert am 24. Mai eine Entgelterhöhung von insgesamt 3,2% und eine Einmalzahlung wie im Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes 2020. Fakt ist, die GDL geht mit ihrem Paket deutlich über den Abschluss im Öffentlichen Dienst hinaus: Die GDL-Spitze legt weiterhin ein umfangreiches Forderungspaket mit zahlreichen Einzelforderungen vor,



das eine massive Erhöhung der Personalkosten bedeuten würde. Insgesamt wäre der Abschluss dreimal teurer als im öffentlichen Dienst. Allein die Forderungen nach einer Art Kilometerpauschale (dem sogenannten „Wegekostenzuschuss“) hätte Kosten in Höhe des gesamten ÖD-Abschlusses zur Folge.

5. DB sieht Lösungsmöglichkeiten für eine Einigung.

Die GDL hat am 24. Mai einen Abschluss in Höhe des Ergebnisses im öffentlichen Dienst gefordert. Die GDL verschweigt, dass auch im öffentlichen Dienst ein Abschluss erzielt wurde, der nach der wirtschaftlichen Belastung der betroffenen Bereiche unterscheidet. So wurden für den Bereich der Flughäfen, die ähnlichen finanziellen Belastungen wie die DB ausgesetzt sind, ein deutlich moderaterer Abschluss mit einer Laufzeit von 40 Monaten erzielt. Vereinbart wurden dort Lohnerhöhungen von 1,4% (mind. 50,- €) zum 01.10.2022 und 1,8% zum 01.03.2023 (also 25 „Nullmonate“ statt der 7 „Nullmonate“ im Abschluss des ÖD Bund und Kommunen). Damit hatten die Tarifpartner im ÖD Verantwortung für einen von Corona besonders betroffenen Bereich übernommen.

6. Bereits die Schlichtungsempfehlung Ende 2020 beinhaltet eine Lösung auf dem Niveau des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst.

Eine Orientierung am Gesamtniveau des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst war bereits Kern der Schlichtungsempfehlung des gemeinsamen Schlichters Matthias Platzeck im Schlichtungsverfahren Ende 2020. Der Schlichter hatte ein Gesamtpaket vorgeschlagen, das im Niveau den Abschluss im öffentlichen Dienst sogar überschritt. Die GDL hat diese Schlichtungsempfehlung abgelehnt. Das jetzt vorgelegte Forderungspaket der GDL entspricht dem 3-fachen Volumen des TVöD Abschlusses. Zusätzlich zur Entgelterhöhung hat die GDL zahlreiche weitere Forderungen gestellt, die es im Abschluss des öffentlichen Dienstes nicht gibt.

7. Widersprüchliche Äußerungen der GDL-Spitze.

Am 7. Juni startet in Berlin die vierte Tarifrunde. Erstens: Die GDL-Spitze macht dafür eigens Vorschläge. Die DB sieht Lösungsmöglichkeiten. Gleichzeitig spricht die GDL vom „Tag der Abrechnung“. Zweitens: Einerseits hat die GDL-Führung schriftlich erklärt, dass die Anwendungspflicht der GDL-Tarifverträge für Mitglieder auch in den vielen GDL-Minderheitsbetrieben keine Vorbedingungen für einen Tarifabschluss ist, andererseits heißt es in Flugblättern weiterhin: „Wir lassen kein Mitglied zurück.“ Drittens: Zum Thema Vergütung der Führungskräfte hatte der Vorsitzende der GDL noch zuletzt in der Pressekonferenz vom 18.05.2021 erklärt: „Mit uns gibt es keinen Tarifabschluss, in dem nicht auch eine tarifvertraglich festgehaltene Regel ist, wie die Führungskräfte mit Boni versorgt werden oder nicht.“ Nunmehr heißt es in dem Schreiben der GDL sechs Tage nach dieser Pressekonferenz zu diesen Forderungen: „Sie spielten auch in den bisherigen Tarifverhandlungen keine über den nachrichtlichen Status hinausgehende Rolle.“

DB-Personalvorstand Martin Seiler erklärt: „Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Es gibt Lösungsmöglichkeiten. Im Rahmen der anstehenden Tarifverhandlung wird sich zeigen, ob sich die GDL erneut widerspricht oder Verantwortung übernimmt. Ich appelliere eindringlich an die GDL-Spitze, die Drohungen einzustellen und ihre rein organisationspolitischen Interessen fallen zu lassen. Wir wollen, dass unsere Fahrgäste den Reisesommer ungestört genießen können und unser Personen- oder Güterverkehr nicht durch einen unnötigen Tarifkonflikt ausgebremst wird. Es gilt nun, dass alle zu solidarischen Lösungen beitragen, um die Corona-Schäden zu bewältigen – möglich ist es.“